

Katastrophenschutz an Hamburger Schulen stärken

Drucksache 23/4039 · eingebracht 2026-05-06 – Antragsteller: CDU

Bildung

Katastrophenschutz

Krisenvorsorge

Lehrerbildung

ZUSAMMENFASSUNG

Die CDU-Fraktion fordert einen landesweiten Orientierungsrahmen, zentrale Unterrichtsmaterialien, Fortbildungen und Kooperationsstrukturen, um Katastrophenschutzkompetenzen an Hamburger Schulen systematisch zu stärken.

KERNFORDERUNGEN

- Landesweiter Orientierungsrahmen mit altersgerechten Kompetenzen
- Zentrale, didaktisch optimierte Unterrichtsmaterialien durch LI
- Flächendeckende Fortbildungen für Lehrkräfte
- Rahmenplan für Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen
- Systematische Einbindung des Warntags und Praxisformate

BEWERTUNG

7.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Unterstützen mit Änderungen

Der Antrag fördert Solidarität (B2, D2) durch Krisenvorsorge als Gemeinwohlaufgabe und stärkt soziale Gerechtigkeit (D4) durch niedrigschwellige Fortbildungen und inklusive Materialentwicklung. Er berührt Transparenz & Mitbestimmung (D5) via systematischer Berichterstattung und partizipativer Praxisbeispiele. Ökologische Nachhaltigkeit (D3/E3) bleibt jedoch unberücksichtigt – keine Verknüpfung von Katastrophenschutz mit Klimarisiken oder Resilienz gegen klimabedingte Extremereignisse. Menschenwürde (D1) wird indirekt gestärkt, aber nicht explizit auf vulnerable Gruppen (z. B. Flüchtlingskinder, Kinder mit Behinderung) bezogen.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Strukturierung in 8 umsetzbare Maßnahmen
- Fokussierung auf Lehrkräftefortbildung und Materialbündelung
- Berichtspflicht als Transparenzgarantie

Schwächen

- Keine Verknüpfung mit Klimarisiken
- Keine Berücksichtigung von Vulnerabilität (Flucht, Behinderung, Armut)
- Kein Bezug zu bestehenden Hamburger Initiativen wie 'Schule ohne Rassismus' oder 'Klimaschule'

GWÖ-MATRIX 5x5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A • LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B • FINANZEN	•	•	•	•	•
C • VERWALTUNG	•	•	•	•	•
D • BÜRGER:INNEN	+	+	•	+	+
E • GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	-	•	•

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D2 Solidarität: Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +3

Krisenvorsorge als gesamtgesellschaftliche Aufgabe für alle Schüler*innen

D4 Soziale Gerechtigkeit: Zugang zu Bildung & Teilhabe Bewertung: +3

Niedrigschwellige Fortbildungen, zentrale Materialbündelung, Praxisbeispiele

D5 Transparenz & Mitbestimmung: Bürgerbeteiligung & Offenlegung Bewertung: +2

Berichtspflicht bis 2026, Sichtbarmachung erfolgreicher Schulpraxis

D1 Menschenwürde: Grundrechte & Rechtliche Gleichstellung Bewertung: +1

Keine explizite Berücksichtigung von Kindern mit Behinderung, Fluchterfahrung oder Sprachbarrieren in Kompetenzvermittlung

E3 Ökologische Nachhaltigkeit: Wirkung über die Grenzen hinaus Bewertung: -2

Keine Verbindung zwischen Katastrophenschutz und Klimakrisen, z. B. Hitze, Starkregen, Überschwemmungen

SPD**WAHLPROGRAMM****6/10**

Der Antrag ist kompatibel mit der SPD-Forderung nach 'sozialer Durchlässigkeit' und 'Ganztagsschule als Lebensmittelpunkt', aber fehlt deren Fokus auf strukturelle Ungleichheit: Keine Verankerung in Brennpunktschulen, keine Verbindung zu sozialpädagogischer Begleitung (Q22–Q24).

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM**5/10**

Das Hamburger Programm (2007) betont 'Bildung als Schlüssel' und 'vorsorgenden Sozialstaat' (Q26–Q27), doch fehlt der Bezug zur Krisenresilienz als soziale Vorsorge. Kein direktes Zitat zum Katastrophenschutz.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU

ANTRAGSTELLER: IN

WAHLPROGRAMM**9/10**

Der Antrag spiegelt exakt die CDU-Hamburg-Wahlprogramm-Ziele wider: Stärkung des Bevölkerungsschutzes (Q8), 'funktionierender Staat' mit klaren Rahmenbedingungen (Q7), und 'gute Bildung' als Fundament für Resilienz (Q3).

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM**8/10**

Das CDU-Grundsatzprogramm 2024 verankert Katastrophenschutz im 'Bevölkerungsschutz' (Q8) und betont 'Verantwortung' als Kernwert — passend zur Forderung nach klarem Rahmen statt Schul-Einzelverantwortung. Einzig die Verknüpfung mit Bildung ist dort weniger explizit.

„Wir wollen den Bevölkerungsschutz stärken und enger vernetzen. Zur Modernisierung des Zivil- und Katastrophenschutzes setzen wir auf einen Dreiklang aus gut ausgebildeten haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräften, zielgerichteten Einsatzkonzepten und einer moderneren Einsatzausstattung.“

CDU Grundsatzprogramm 2024, S. 23

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

7/10

Der Antrag entspricht dem grünen Anspruch an 'transparenzorientierte Bildung' (Q13), 'Krisenkompetenz' (Q14) und 'Stärkung des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes' (Q14). Allerdings fehlt der ökologische Kontext: Keine Verbindung zu Klimarisiken als Ursache von Katastrophen.

„Wir setzen uns dafür ein, den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz auf Landes- und Bezirksebene zu stärken und zu modernisieren und fördern die bessere Verzahnung mit dem Zivilschutz.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hamburg Wahlprogramm 2025, S. 122

PARTEIPROGRAMM

6/10

Das Grüne Grundsatzprogramm (2020) verbindet Bildung mit 'planetaren Grenzen' (Q16–Q20), doch fehlt hier die explizite Verknüpfung von Katastrophenschulung mit ökologischer Krisenursache — ein zentraler grüner Gedanke.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Die Schulen dürfen mit dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe nicht allein gelassen werden.

Die Schulen ****dürfen mit dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe nicht allein gelassen werden — insbesondere Brennpunktschulen, Schulen mit hohem Anteil neu zugewanderter Kinder sowie Förderschulen müssen priorisiert unterstützt werden.****

Begründung: Stärkt soziale Gerechtigkeit (D4) und Menschenwürde (D1) durch gezielte Förderung vulnerabler Schulstandorte.

Vorschlag 2 von 3

Original: welche Themenfelder (zum Beispiel Erste Hilfe, Verhalten in Notfällen, Warnsysteme) regelmäßig berücksichtigt werden sollen;

welche Themenfelder (zum Beispiel Erste Hilfe, Verhalten in Notfällen, Warnsysteme, ****Umgang mit klimabedingten Extremereignissen wie Hitze, Starkregen und Überschwemmungen****) regelmäßig berücksichtigt werden sollen;

Begründung: Verankert ökologische Nachhaltigkeit (D3/E3) und macht Katastrophenschulung zukunftsadäquat.

Vorschlag 3 von 3

Original: die Vermittlung von Kompetenzen im Umgang mit Desinformation insbesondere im Kontext von Krisen und Katastrophen zu konkretisieren.

die Vermittlung von Kompetenzen im Umgang mit Desinformation ****sowie mit digitalen Hilfswerkzeugen (z. B. Warn-Apps, Notfall-Kommunikation) und analoger Selbsthilfe (z. B. Notfalltasche, Wasseraufbereitung)**** insbesondere im Kontext von Krisen und Katastrophen zu konkretisieren.

Begründung: Erweitert praktische Handlungsfähigkeit (D2) und stärkt Resilienz auch jenseits digitaler Infrastruktur (E3).

Original-Antrag

Drucksache 23/4039

Katastrophenschutz an Hamburger Schulen stärken

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Antrag

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Dennis Gladiator, Antje Müller-Möller,
Prof. Dr. Michael Becken, Stefan Bereuter (CDU) und Fraktion**

Betr.: Katastrophenschutz an Hamburger Schulen stärken

Die Stärkung der Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen im Bereich Katastrophenschutz, Krisenvorsorge und Selbsthilfe ist angesichts zunehmender globaler Krisenlagen von wachsender Bedeutung. Ein wirksamer Katastrophenschutz beginnt bereits in der Schule. Durch die Vermittlung grundlegender Kompetenzen im Katastrophenschutz werden Schülerinnen und Schüler auf mögliche Notfälle und Notsituationen vorbereitet und mit dem notwendigen Basiswissen ausgestattet, um beispielsweise bei Überflutungen, Stürmen oder längeren Stromausfällen angemessen handeln zu können. Schule und auch Kita haben zudem eine Schlüsselfunktion inne. Sie müssen in Krisen immer funktionieren, quasi als kritische Infrastruktur, damit Familien und Kinder auch derer, die die Krise abwenden, sicher betreut sind.

Der rot-grüne Senat verfolgt einen Ansatz, der auf die Integration entsprechender Inhalte in bestehende Bildungspläne sowie auf die selbstverantwortete Umsetzung durch die Schulen setzt. Die Antworten des Senats auf die Schriftliche Kleine Anfrage der CDU-Fraktion (Drs. 23/3627) zeigen hierbei deutliche Defizite.

Weder liegen belastbare Daten zur tatsächlichen Umsetzung vor, noch existieren klare Mindeststandards oder eine systematische Unterstützung der Schulen. Die Verantwortung wird weitgehend auf die einzelne Schule verlagert, ohne diese ausreichend zu befähigen oder die Umsetzung nachvollziehbar zu machen.

Der Senat bleibt damit hinter dem eigenen Anspruch zurück, Schülerinnen und Schüler wirksam auf Krisensituationen vorzubereiten. Ziel muss es aus Sicht der CDU-Fraktion sein, die Katastrophenschutzkompetenzen von Schülerinnen und Schülern in Hamburg substanziell aufzubauen und zu stärken.

Die Schulen dürfen mit dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe nicht allein gelassen werden. Eine moderne Krisenvorsorge erfordert einen klaren Rahmen und verlässliche Unterstützung. Basierend auf dem Bevölkerungsschutzkonzept der CDU-Fraktion „Hamburg schützen – Resiliente Metropole 2028“ müssen aus unserer Sicht folgende Maßnahmen zur Stärkung des Katastrophenschutzes an Schulen ergriffen werden.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. einen landesweiten Orientierungsrahmen vorzulegen, der klar beschreibt,
 - a. welche Kompetenzen Schülerinnen und Schüler in den jeweiligen Jahrgangsstufen erwerben sollen,
 - b. welche Themenfelder (zum Beispiel Erste Hilfe, Verhalten in Notfällen, Warnsysteme) regelmäßig berücksichtigt werden sollen;
2. gemeinsam mit dem Landesinstitut für Lehrerbildung (LI):

- a. die bestehenden Materialien qualitativ und didaktisch weiterzuentwickeln und zentral gebündelt bereitzustellen,
- b. modular nutzbare Unterrichtseinheiten zu entwickeln, die ohne großen Zusatzaufwand einsetzbar sind,
- c. erfolgreiche Praxisbeispiele aus Hamburger Schulen aktiv sichtbar zu machen;
3. ein flächendeckendes, niedrighschwelliges Fortbildungsangebot für Lehrkräfte aufzubauen, welches insbesondere die Bereiche Erste Hilfe, Laienreanimation, Krisenpädagogik und Umgang mit belasteten Schülerinnen und Schülern umfasst;
4. eine Übersicht über die verschiedenen Hilfsorganisationen und deren Möglichkeiten für den Katastrophenschutz für die Schulen zu erstellen. Außerdem sollte ein Rahmenplan für die Zusammenarbeit der Schulen mit den Hilfsorganisationen erarbeitet werden und den Schulen und den Hilfsorganisationen zur Verfügung gestellt werden;
5. Formate wie den bundesweiten Warntag systematischer in schulische Lernprozesse einzubinden;
6. zusätzliche freiwillige Praxisformate wie Projektstage oder Übungen aktiv zu fördern;
7. die Vermittlung von Kompetenzen im Umgang mit Desinformation insbesondere im Kontext von Krisen und Katastrophen zu konkretisieren. Hierfür geeignete Materialien und Fortbildungen bereitzustellen;
8. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2026 zu berichten.